

## Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Lernmittelbefreiung

durch die Gemeinde Grünheide (Mark)

gemäß Artikel 12 bis 22 und 34 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die vorliegende Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten gibt Auskunft über die informationspflichtigen Angaben, die für alle Verarbeitungstätigkeiten der Verantwortlichen zutreffend sind.

### 1. Verantwortliche für die Datenverarbeitung (Artikel 4 Nr. 7 DS-GVO)

Gemeinde Grünheide (Mark)  
Der Bürgermeister  
Am Marktplatz 1  
15537 Grünheide (Mark)

**verantwortliche Stelle (innerorganisatorisch):**

*Amt für Soziales, Bildung und Kultur*

### 2. Datenschutzbeauftragte (Benennung gemäß Artikel 37 DS-GVO)

Gemeinde Grünheide (Mark)  
Datenschutzbeauftragte  
Am Marktplatz 1  
15537 Grünheide (Mark)

Telefon: 03362 585577  
Fax: 03362 585559  
eMail: [datenschutz@gemeinde-gruenheide.de](mailto:datenschutz@gemeinde-gruenheide.de)  
Webseite: <https://www.gruenheide-mark.de/datenschutz/index.php>

### 3. Datenverarbeitung

*Die Erhebung von personenbezogenen Daten erfolgt direkt beim Betroffenen.*

*Erhebt die Verantwortliche darüber hinaus ausnahmsweise Daten bei Dritten, wird die betroffene Person nach den Maßgaben des Art. 14 DSGVO einschließlich der Quellenangabe informiert.*

### 4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

*Die personenbezogenen Daten werden zum Zwecke Verarbeitung des Antrages auf Rückerstattung oder Ermäßigung des Eigenanteils bei der Schulbuchbeschaffung der Verantwortlichen verarbeitet. Die konkrete Verwendung ergibt sich aus den Angaben auf der Einwilligungserklärung.*

*Die Abgabe der Einwilligung erfolgt freiwillig. Die damit einhergehende Verarbeitungstätigkeit der erforderlichen personenbezogenen Daten beruht auf der Einwilligung betroffener Personen. Die Rechtsgrundlage bildet Art. 6 (1) lit. a DS-GVO.*

### 5. Pflicht zur Bereitstellung von personenbezogenen Daten

*Eine Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten besteht nicht.*

### 6. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet:

- keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.
- eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt (Artikel 22 DS-GVO).

### 7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die Verantwortliche legt personenbezogene Daten ausschließlich auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen oder mit Einwilligung der betroffenen Person gegenüber Empfängerinnen oder Empfängern offen.

*Die personenbezogenen Daten werden auf Grundlage der Einwilligung für die Verordnung über die Zulassung von Lernmitteln und über die Lernmittelbefreiung (Lernmittelverordnung LernMV) gemäß § 111 Brandenburgisches Schulgesetz der Verantwortlichen offengelegt. Damit erfolgt eine Offenlegung auch an Dritte.*

### 8. Dauer der Speicherung

*Die Verantwortliche wird personenbezogene Daten nur so lange speichern, wie dies für die Erreichung des unter Punkt 4 genannten Zwecks erforderlich ist oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen eine Speicherung vorschreiben.*

*Ihre personenbezogenen Daten werden solange gespeichert, bis Sie Ihre Einwilligung widerrufen haben. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf Ihrer Einwilligung nur für die Zukunft gilt. Darüber hinaus bitten wir um Beachtung, dass wir gegebenenfalls einer Löschung Ihrer personenbezogenen Daten nicht nachkommen können, solange diese den gesetzlichen Aufbewahrungs- bzw. Verjährungsfristen unterliegen.*

## 9. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung ein jederzeitiges Widerrufsrecht in der Form der zulässigen Einwilligung (Artikel 7 Abs. 3 DS-GVO).

Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

- Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung

(Artikel 15 DS-GVO).

- Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DS-GVO).

- Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).

- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.

Das Recht auf Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 31 DS-GVO).

## 10. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden.

Die Beschwerde ist zu richten an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht  
Stahnsdorfer Damm 77  
14532 Kleinmachnow

Telefon: 033203 3560  
Fax: 033203 35649  
E-Mail: [poststelle@lda.brandenburg.de](mailto:poststelle@lda.brandenburg.de)  
Internet: [www.lda.brandenburg.de](http://www.lda.brandenburg.de)

## 11. Benachrichtigung bei Verletzung des Datenschutzes

Bei Verletzung des Datenschutzes erfolgt durch die Verantwortliche eine Meldung an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde. Hat die Verletzung ein hohes Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten einer natürlichen Person zur Folge, benachrichtigt die Verantwortliche die betroffene Person darüber.